

Hessisches Bedienstetenrecht – HBR

I. Aktuelles aus der Gesetzgebung	1
1. Hessisches Besoldungs- und Versorgungsanpassungsgesetz 2013/2014 beschlossen	1
2. Novellierung der Hessischen Urlaubsverordnung (HUrlVO)	2
3. Neufassung der Hessischen Laufbahnverordnung (HLVO) vorgelegt	4
II. Aktuelles aus dem Tarifgeschehen	4
1. Hessen zurück in die TdL?	4
III. Vorschau auf die HBR-Lieferungen in den nächsten Monaten	5
IV. Neues auf Rehmnetz	5
1. News	5
2. Fachbeitrag	5
3. Rechtsprechung	5
4. Blog zum Beamtenrecht	5

I. Aktuelles aus der Gesetzgebung

1. Hessisches Besoldungs- und Versorgungsanpassungsgesetz 2013/2014 beschlossen

Der Hessische Landtag hat am Dienstag, den 19.11.2013 das HBVAnpG 2013/2014 beschlossen. Wie bereits im Newsletter Nr. 4/2013 S. 6 ff. berichtet, hatten am 15.5.2013 die Fraktionen von CDU und FDP ihren Gesetzentwurf zur Besoldungsanpassung 2013 und 2014 im Nachgang zur diesjährigen Tarifrunde im Bereich des Landes Hessen vorgelegt. Am 6.11.2013 haben die gleichen Fraktionen einen umfangreichen Änderungsantrag eingebracht (LT.-Drucks. 18/7768), mit dem insbesondere die Überleitungstabellen in das ab dem 1.3.2014 geltende neue Besoldungsrecht der Besoldungsentwicklung angepasst wurden. Dabei ist auch zu beachten, dass die Überleitung mit Wirkung zum 1.3.2014 erfolgt und damit die noch seit dem 1.7.2013 geltende (alte) Tabelle anzupassen war und zudem am 1.4.2014, also nur einen Monat nach der Überleitung, die nächste lineare Steigerung ansteht. Ob unter Beachtung der jetzt eingetretenen Zeitabläufe eine zeitgenaue Überleitung zum 1.3.2014 gelingt, bleibt abzuwarten.

1. Zentrale Inhalte

Hinsichtlich der jetzt beschlossenen Einkommensentwicklung hat sich seit Mai 2013 nichts geändert:

a) Beamtinnen und Beamte:

Lineare Besoldungssteigerung	Zum Vergleich: Das Tarifergebnis im TV-H vom April 2013	Abweichungen
Zum 1.7.2013: 2,6 %	Zum 1.7.2013: 2,8 %	Differenz: 0,2 %. Wird begründet mit der Zuführung zur Versorgungsrücklage
Zum 1.1.2014: 2,6 %	Zum 1.4.2014: 2,8 %	Differenz: 0,2 %. Wird begründet mit der Zuführung zur Versorgungsrücklage

Achtung Fehlerkorrektur!

Im Newsletter 4/November 2013, S. 6 war für das Jahr 2014 fälschlicherweise eine Besoldungssteigerung zum 1.1.2014 in Höhe von 2,8 % angegeben. Die o. a. Steigerung zum 1.4.2014 in Höhe von 2,6 % ist jedoch die korrekte Steigerung. Wir bitten das Versehen zu entschuldigen.

b) Anwärterinnen und Anwärter:

Erhöhungen	Zum Vergleich: Das Tarifergebnis im TV-H vom April 2013	Abweichungen
Zum 1.7.2013: 50,00 € Erhöhung	Zum 1.1.2013: 50,00 € Erhöhung	Keine Differenz.
Zum 1.1.2014: 2,8 % Erhöhung	Zum 1.1.2014: 3,0 % Erhöhung	Ergibt eine um 0,2 % verringerte Steigerung. Begründung: Versorgungsrücklage.

c) Versorgungsempfängerinnen bzw. -empfänger:

Erhöhungen	Zum Vergleich: Das Tarifergebnis vom April 2013	Abweichungen
Zum 1.7.2013: 2,6 %	Keine tarifliche Vereinbarung	./.
Zum 1.4.2014: 2,6 %	Keine tarifliche Vereinbarung	./.

d) Einmalzahlungen:

Beiträge/Zeiträume	Zum Vergleich: Das Tarifergebnis vom April 2013	Abweichungen
./.	450,00 € im Juli 2013 für die Monate Januar bis Juni 2013	Verlust von 450,00 €
./.	225,00 € im Juli 2013 für die Monate Januar bis März 2013	Verlust von 225,00 €

Erhöhung von Erschwerniszuschlägen:

Die Erschwerniszuschläge für Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte sollen von derzeit 7,65 € auf 11,00 € erhöht werden. Sie sollen künftig auch an Beamte auf Widerruf gezahlt werden.

b) Weitere Inhalte:

- Die Tabellen im Rahmen des HBesVÜG werden sowohl für den Monat März als auch für die Zeit ab April 2014 entsprechend der Besoldungsentwicklung angepasst. Damit kann jetzt exakt in jedem Einzelfall ersehen werden, wie die Überleitung in die neue Besoldungstabelle mit Wirkung zum 1.3.2014 erfolgt und wie sich die lineare Steigerung einen Monat später, am 1.4.2014 auswirkt (vgl. auch Newsletter Nr. 4/2013, S. 2 ff.).
- Die Mehrarbeitsvergütungsverordnung wird geändert und die Beträge werden der Besoldungsentwicklung angepasst (Art. 9, 10 des HBVAnpG).
- U. a. § 14 Abs. 6 HBeamtVG in der ab dem 1.3.2014 geltenden Fassung wird aktualisiert. Es wird klargestellt, dass bei Pensionsberechnungen von Beamtinnen und Beamten, deren Beamten-

verhältnis am 31.12.1991 bestanden hat, die Begrenzung auf das 17. Lebensjahr nicht zu beachten ist.

Zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses dieser Ausgabe (Freitag, der 29.11.2013) stand die Veröffentlichung im GVBl. noch aus.

2. Novellierung der Hessischen Urlaubsverordnung (HUrIVO)

Nach einem langen Vorlauf hatte das Hessische Ministerium des Innern und für Sport am 8.10.2013 nunmehr das Beteiligungsverfahren zur Novellierung der Hessischen Urlaubsverordnung eingeleitet. Hintergrund ist, dass das Bundesarbeitsgericht (BAG) am 20.3.2012 die bisherige Staffelung des Erholungsurlaubs nach dem Lebensalter als eine unzulässige Diskriminierung wegen des Lebensalters verworfen hat (ZTR 2012, S. 446). Die Entscheidung erfolgte auf der Grundlage des § 26 Abs. 1 Satz 2 ff. TVöD. Mittlerweile wurden daraus in allen Tarifver-

trägen des öffentlichen Dienstes (TVöD, TV-L und auch TV-H) die entsprechenden Konsequenzen gezogen. Es ist unstrittig, dass die Entscheidung des BAG vom März 2012 grundsätzlich auch auf den Bereich der Beamtinnen und Beamten übertragbar ist. § 5 Abs. 1 HUrlVO enthält ebenfalls eine nach dem Lebensalter gestaffelte Urlaubsdauer. Dies soll ab dem Urlaubsjahr 2014 geändert werden:

a) Einheitliche Urlaubshöhe

Künftig soll der Urlaubsanspruch für **Beamtinnen und Beamte**, deren regelmäßige Arbeitszeit auf fünf Tage in der Woche verteilt ist, einheitlich **30 Arbeitstage** pro Jahr umfassen. Der Urlaubsanspruch von **Anwärterinnen, Anwärtern, Referendarinnen und Referendaren** soll 27 Arbeitstage pro Jahr betragen.

b) Übergangsregelungen für die Jahre 2011, 2012 und 2013

Aus der BAG-Entscheidung ergab sich u. a., dass bis zu einer Neuregelung der jeweils höchste Urlaubsanspruch gelten sollte (Mehrurlaub). Dies bedeutete, dass der Urlaub

- ➔ bis zur Vollendung des 30. Lebensjahres 30 Tage statt 26 und
- ➔ bis zur Vollendung des 40. Lebensjahres 30 statt 29 Tage umfasst.

Dieser sich ausschließlich aus der BAG-Entscheidung ergebende Mehrurlaub von 3 x 4 Tagen bzw. 3 x einem Tag bleibt für diese Jahre (2011, 2012 und 2013) als Bestandsschutzregelung ausdrücklich erhalten (§ 17 Abs. 2 HUrlVO). Der höhere Anspruch für diese Urlaubsjahre muss jedoch bis zum Ablauf des 30.9.2014 angetreten (nicht genommen) sein, ansonsten verfällt er. Für das Urlaubsjahr 2013 gilt dies ohnehin schon jetzt (§ 9 Abs. 2 Satz 2 HUrlVO).

c) Bestandsschutz & „Hineinwachsensregelung“

Das hessische Urlaubsrecht kennt bislang eine Besonderheit, die es weder im Bereich des Bundes noch in einem anderen Bundesland gibt. Ab dem Kalenderjahr, in dem das 50. Lebensjahr vollendet wird, steigt der Urlaubsanspruch um weitere 3 Tage auf dann 33 Tage pro Jahr (§ 5 Abs. 1 Satz 2 HUrlVO). Zwar entfällt auch in Hessen künftig diese weitere Steigerung, der maximale Anspruch auf Erholungsurlaub beträgt dann einheitlich 30 Tage. Bereits im

Vorfeld des Ordnungsverfahrens konnte u. a. die Gewerkschaft ver.di erreichen, dass ähnlich wie in den Tarifbereichen der Kommunen in Hessen und des TV-H eine Bestandsschutz- und Hineinwachsensregelung aufgenommen wird:

- ➔ Wer bis zum Inkrafttreten der Neuregelung bereits über einen Anspruch auf 33 Tage Erholungsurlaub verfügt, behält diesen Anspruch dauerhaft bei. Wer also z. B. im Laufe des Jahres 2013 sein 50. Lebensjahr erreicht, hatte bereits seit dem 1.1.2013 den Anspruch auf 33 Tage Erholungsurlaub. Daran ändert sich nichts.
- ➔ Zusätzlich erhalten die Beamtinnen und Beamten bis einschließlich des Geburtsjahrganges 1969 ab dem Jahr, in dem sie das 50. Lebensjahr vollendet haben, ebenfalls weitere 3 Tage Erholungsurlaub, so dass der Anspruch dann unverändert ebenfalls 33 Tage beträgt.

Beispiel:

Eine Beamtin ist am 31.12.1969 geboren. Sie vollendet das 50. Lebensjahr am 30.12.2019, 24.00 Uhr. Am 31.12.2019, 0.00 Uhr ist sie 50 Jahre alt. Sie erwirbt ab dem Urlaubsjahr 2019 den Anspruch auf 33 Tage Erholungsurlaub (so auch die amtliche Begründung zu § 17 Abs. 1 HUrlVO, S. 5). Trotz der in der Verordnung unterschiedlich verwandten Begriffe für die Berechnung des Lebensalters („erreicht wird“, „vollendet haben“) ist damit letztlich der Geburtsjahrgang (= 1969) entscheidend.

d) Sonstige Änderungen

Nur für den Bereich des Polizeivollzugsdienstes wird eine Neuregelung zur Gewährung von Zusatzurlaub für tatsächlich geleistete Nachtdienststunden aufgenommen. Daneben wird die bisherige Befristung der Verordnung aufgehoben. Sie gilt künftig unbefristet.

e) Inkrafttreten/weiteres Verfahren

Die Landespersonalkommission hat der Neufassung am 26.11.2013 zugestimmt. Es ist alsbald mit einem finalen Kabinettsdurchgang zu rechnen, so dass die Neufassung der HUrlVO noch im Laufe des Jahres 2013 in Kraft treten kann. Praktisch wirksam wird sie dann erstmalig mit dem Urlaubsjahr 2014.

3. Neufassung der Hessischen Laufbahnverordnung vorgelegt

Mitte November 2013 erfolgte im Rahmen der Beteiligungsverfahren nach §§ 110, 115 Nr. 2 HBG die Vorlage einer völligen Neufassung der Hessischen Laufbahnverordnung. Sie beinhaltet folgende Eckpunkte:

- a) Die Hessische Laufbahnverordnung, die Hessische Laufbahnverordnung besondere Fachrichtungen und die Verordnung über die Anerkennung von in Mitgliedstaaten der EU erworbenen Qualifikationen werden zu einer Verordnung zusammengefasst,
- b) Aufnahme klarer Definitionen von Begriffen wie z. B. „Eignung“, „Beförderung“, „Hauptberuflichkeit“ u. ä.,
- c) neue Festlegung des Höchstalters für eine Einstellung in das Beamtenverhältnis (Grundsatz: höchstens 50 Jahre alt, Ausnahme: höchstens 60 Jahre alt, wenn ein besonderes dienstliches Interesse vorliegt),
- d) wie schon durch das 2. DRModG entschieden, entfällt der „einfache Dienst“. Es verbleiben der mittlere, gehobene und höhere Dienst,
- e) Beibehalt des Systems des „anderen Bewerbers“,
- f) Beibehalt des Grundsatzes des prüfungspflichtigen Aufstiegs vom mittleren in den gehobenen Dienst. Als Ausnahme bleibt jedoch unverändert auch die Möglichkeit des prüfungsfreien Aufstiegs erhalten. Die bisherigen Voraussetzungen hinsichtlich der Erfüllung eines bestimmten Lebensalters entfallen dabei jedoch.
- g) Schaffung eines „Qualifikationsaufstiegs in den höheren Dienst“ u. a. wenn ein Hochschulstudium vorliegt, 8 Jahre eine Bewährung im gehobenen Dienst erfolgte und man sich zwei 2 Jahre in der Wahrnehmung höherwertiger Aufgaben bewährt hat,
- h) Als Ausnahme davon Möglichkeit des „Erfahrungsaufstiegs in den höheren Dienst“,
- i) Detailregelungen zur dienstlichen Beurteilung, die aber nicht abschließend sind:
 - ➔ Regelbeurteilung alle 3 Jahre,
 - ➔ Beurteilungen, die für Stellenbesetzungsentscheidungen relevant sind, dürften künftig nicht

älter als 3 Jahre sein (z. Zt. ein Jahr nach der Rechtsprechung des HessVG),

- ➔ Einzelheiten der Beurteilungen regeln dann die obersten Dienstbehörden,

- j) Erstmalige Aufnahme von laufbahnrechtlichen Regelungen für den Schuldienst. Dies gilt auch für die dienstliche Beurteilung von Lehrerinnen und Lehrern.

Das Verordnungsverfahren soll noch so rechtzeitig abgeschlossen sein, dass die Änderungen zusammen mit dem 2. DRModG am 1.3.2014 in Kraft treten können. Wahrscheinlich wird die Landespersonalkommission am 13.1.2014 abschließend beraten.

II. Aktuelles aus dem Tarifgeschehen

Hessen zurück in die TdL?

Zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses dieses Newsletters (**29.11.2013**) stand noch nicht fest, ob das Bundesland Hessen unter der neuen Landesregierung in die Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) zurückkehrt. Dafür hatten sich in ihren Wahlprogrammen u. a. die SPD, Bündnis90/Die Grünen und Die Linke explizit ausgesprochen. Die CDU hin-



Produktipp

v. Roetteken / Rothländer

Hessisches Bedienstetenrecht - HBR

Teilausgabe I: Personalvertretungsrecht



Loseblattwerk in 4 Ordnern
ISBN 978-3-7685-9511-7
€ 149,95 zzgl. Aktualisierung
€ 299,95 ohne Aktualisierung

[\[Mehr Info\]](#)

Der ausführliche Kommentar zum HPVG ist mit vielfältigen Hinweisen zu Literatur und Rechtsprechung versehen und lässt die Bezüge zum BPersVG sowie zum BetrVG ebenso deutlich erkennen wie die Besonderheiten des hessischen Rechts. Umfangreich sind vor allem die Grundlagen des Personalvertretungsrechts im Dienst-, Arbeits- und Verfassungsrecht herausgearbeitet.

gegen hat eine eindeutige Festlegung vermieden. Bekanntlich führen CDU und Bündnis90/Die Grünen seit Montag, dem 25.11.2013 Koalitionsverhandlungen. Sie sollen bis Mitte Dezember 2013 abgeschlossen sein, die Koalitionsvereinbarung soll ca. am 17.12. vorliegen.

III. Vorschau auf die HBR-Lieferungen in den nächsten Monaten

In dieser Vorschau erhalten Sie einen Überblick über den Inhalt der nächsten Aktualisierungsgslieferungen.

Sie gibt den derzeit geplanten Stand wieder, der aber kurzfristig noch geändert werden kann.

Dezember 2013:

277. Aktualisierung der Gesamtausgabe =
132. Aktualisierung Teilausgabe IV
16. Aktualisierung BeamStG
§ 9 BeamStG

Januar 2014:

278. Aktualisierung der Gesamtausgabe =
75. Aktualisierung Teilausgabe I
Stichwortverzeichnis

Februar 2014:

279. Aktualisierung der Gesamtausgabe =
133. Aktualisierung der Teilausgabe IV =
HBG, HBeamVG, Besoldungsvorschriften

Nähere Informationen zum Aufbau des Werkes und zu seinen Teilausgaben finden Sie [hier](#).

IV. Neues auf Rehmnetz

1. News

[Koalitionsvertrag zum Bereich Gleichstellung](#)

2. Fachbeitrag

[Versichert bei der Weihnachtsfeier](#)

3. Rechtsprechung

[Gripeschutzimpfung als dienstliche Veranstaltung](#)

4. Blog zum Beamtenrecht

Unser Experte Dr. Maximilian Baßlsperger kommentiert wöchentlich die Beamtenrechtsreform und ihre Folgen – immer mit einem wachsamem und kritischen Auge. **Die neuesten Themen:**

[Die Schreibfehler des Bayerischen Unterrichtsministeriums](#)

[E-Zigarette: Rauchen für Beamte trotzdem verboten!](#)

[Der Toilettenbesuch des Beamten – ein gefährliches Geschäft!](#)

Zu weiteren Blog-Beiträgen geht es [hier](#).



Produktipp

v. Roetteken/Rothländer

Beamtenstatusgesetz

Kommentar



Loseblattwerk in 2 Ordnern
ISBN 978-3-7685-0953-4
€ 149,95 zzgl. Aktualisierung
€ 239,95 ohne Aktualisierung

[\[Mehr Info\]](#)

Impressum:

R.v. Decker, Verlagsgruppe Hüthig Jehle Rehm GmbH,
Im Weiher 10, 69121 Heidelberg
E-Mail: claudia.luz@hjr-verlag.de
Tel. 0 62 21/489-146, Fax 0 62 21/489-17146

Abbestellen:

Sie erhalten diesen Newsletter, weil Sie auf unserer Abonnentenliste eingetragen sind. Selbstverständlich können Sie ihn jederzeit abbestellen, indem Sie eine entsprechende E-Mail schicken an hbr@hjr-verlag.de.

Disclaimer:

Für Inhalte von verlinkten Seiten sowie Links im HBR-Newsletter können wir keine Haftung übernehmen. Sollten ein Link oder dessen Inhalte gegen Rechte verstoßen, entfernen wir diesen, sobald wir davon Kenntnis erhalten.

©2013, Verlagsgruppe Hüthig Jehle Rehm GmbH, Heidelberg